

SDG Dialogforum 3.0

12. Oktober 2023

sowie Vorveranstaltungen am 3., 5. und 11. Oktober 2023

Veranstaltungsbericht

Wo steht Österreich bei der Umsetzung der Agenda 2030 und welche Erfolge bzw. Herausforderungen haben die Jahre 2020 – 2023 geprägt? Welche Strategien und Lösungsansätze können die SDGs in Österreich und global vorantreiben?

Diese und weitere Fragen standen im Zentrum des SDG Dialogforum 3.0, zu dem die Bundesverwaltung, SDG Watch Austria und das Ban Ki-moon Centre for Global Citizens von 3.–12. Oktober 2023 erneut Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und insbesondere auch junge Menschen eingeladen hatten. Besonderheit dieses Jahr: Es sollten einerseits Handlungsempfehlungen für nachhaltige Entwicklung an die Politik erarbeitet und anschließend von Regierungsmitgliedern kommentiert und diskutiert werden. Andererseits wurde das SDG Dialogforum auch zur zentralen und öffentlichen Diskussionsplattform für zusätzliche Impulse und Erkenntnisse, die in den für 2024 geplanten 2. Freiwilligen Umsetzungsbericht Österreichs zur Agenda 2030 (FNU) an die Vereinten Nationen einfließen sollen.



Mit Spannung erwartet: die hochrangige Podiumsdiskussion des SDG Dialogforum 3.0

Innovationspools zeigen Handlungsbedarf und -optionen

Von 3.–11. Oktober fanden im Rahmen des SDG Dialogforums insgesamt vier Schwerpunktdiskussionen, sog. „Innovationspools“ und ein „Reflexionspool“ statt, in denen jeweils rund 10–25 Diskussionsgäste vor bzw. mit Teilnehmenden aus der interessierten Öffentlichkeit über Herausforderungen und Lösungsansätze rund um die Agenda 2030 debattierten. Es wurden folgende Schwerpunkt-Diskussionen von jeweils von einem Ministerium und einem Mitglied von SDG Watch Austria ko-organisiert:

- Skills für 2030 – Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung
- Niemanden zurücklassen – Sozialer Zusammenhalt und Solidarität in Zeiten multipler Krisen
- Schutz der Biosphäre – Nachhaltige Entwicklung innerhalb planetarer Grenzen
- Resilienz in der Ernährungssicherheit im Globalen Süden

Jede Diskussionsrunde erarbeitete Kernbotschaften, die einerseits an die betroffenen Ministerien übermittelt wurden, um für den FNU und die weitere Umsetzung berücksichtigt zu werden. Andererseits präsentierten die Rapporteur:innen Marco Schimpl (BMAW), Eleonora Keibel (BJV), Lena Rauter (CliMates) und Franz Fehr (UniNEtZ) am 12.10. beim High-Level-Event die aus den Vorveranstaltungen hervorgegangenen wesentlichen Herausforderungen und Handlungsempfehlungen.

Skills für 2030

Zu wesentlichen Herausforderungen zählen für die Teilnehmenden des IP „Skills für 2030“ u.a. die systematische Verankerung von Nachhaltigkeit in der Aus- und Weiterbildung, der Arbeits- und Fachkräftemangel oder auch die bedarfsorientierte Ausrichtung von Ausbildungsformaten. Als Lösungsansätze identifizierte die Gruppe einerseits eine Kompetenzoffensive Nachhaltigkeit, die Verbesserung der Grundausbildung unter Berücksichtigung von transversalen, grünen, digitalen und nachhaltigen Skills sowie die Anhebung der digitalen Basiskompetenz unter dem Motto „Leaving no one behind“. Auch der Beitrag von Unternehmen sei notwendig. Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, junge und ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderungen sollen außerdem vermehrt angesprochen und bei der Arbeitskräfte-Debatte berücksichtigt werden. Duale Berufsausbildung als Mittel gegen Arbeits- und Fachkräftemangel müsse darüber hinaus durch steigende Ausbildungsqualität und mehr berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten gestärkt werden.

Ein besonderer Fokus wurde von der IP-Gruppe auch auf Lebenslanges Lernen, z.B. im Rahmen persönlicher, fachübergreifender und interpersoneller Skills gelegt. Ein wesentlicher Lösungsansatz aus dem IP sind darüber hinaus die Individualisierung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen, die Anerkennung von non-formalen und informellen Lernergebnissen sowie eine Übereinstimmung von Kompetenzen mit Zertifikaten. Als Resultat des letztjährigen Innovationspools wurde eine Studie mit einem [Skills-Mapping](#) bestehender Skills-Initiativen für nachhaltige Entwicklung inklusive einer Lückenanalyse und Handlungsoptionen veröffentlicht. .

Niemanden zurücklassen

Aus Sicht der Gruppe des Innovationspools „Niemanden zurücklassen“ liegen die wesentlichen Herausforderungen des Themenbereichs darin, dass erstens Armut nicht nur einkommensseitig relevant ist, sondern es eine mehrdimensionale Herangehensweise braucht. Zweitens reiche der Basisschutz nicht aus, sodass gerade in Krisenzeiten nicht alle Grundbedürfnisse gesichert werden könnten und trotz finanzieller Hilfe bestimmte Infrastruktur nicht vorhanden sei (z.B. Wohnraum). Drittens würden globale Herausforderungen wie die Klimakrise bestehende Ungleichheiten verschärfen und besonders vulnerable Gruppen (gerade auch in Ländern des Globalen Südens) stark treffen.

Als Lösungsansätze identifizierten die Teilnehmenden zunächst die Erweiterung des Indikatorensets für Armut, um die Vielfältigkeit von Armutslagen widerzuspiegeln und auch die Armutspolitik daran anzupassen. Wesentlich seien außerdem präventive und aufsuchende Maßnahmenbündel, die auf mehreren Ebenen ansetzen, um Armut vor ihrem Entstehen zu verhindern. Letztlich seien multi- und bilaterale Kooperationen zu stärken, z.B. um über bilaterale Projekte fairen Handel, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Schutz der Biosphäre

Im Rahmen des Innovationspools „Schutz der Biosphäre“ wurden drei Schwerpunktthemen behandelt: Mobilität, Energie und nachhaltige(r) Produktion und Konsum. Wesentliche Herausforderungen in diesen Bereichen betreffen laut den Teilnehmenden u.a. die Kostenwahrheit von Klimaschäden und Biodiversitätsverlusten sowie fossile Investitionen. Auch Siedlungsstrukturen und Möglichkeiten für ein nachhaltiges Leben sollten geschaffen werden, z.B. indem kurze Wege ermöglicht werden, öffentliche Mobilitätsangebote ausgebaut werden u.v.m. Außerdem erkannte die Gruppe auf der internationalen Ebene Handlungsbedarf, z.B. im Rahmen sozial gerechter Lieferketten (z.B. zur Beschaffung seltener

Erden für die Energiewende), im Zusammenhang mit Recycling und Entsorgung sowie im Bereich der Klimafinanzierung.

Die Handlungsempfehlungen der Gruppe umfassten allen voran das Schaffen starker gesetzlicher Rahmenbedingungen. Hier wurden insbesondere ein Klimaschutzgesetz, das geplante Erneuerbaren-Wärme-gesetz oder auch ein bundesweites Raumordnungsgesetz genannt. Es sei dabei essenziell, klare Zielvorgaben sowie Strategien für die Vermeidung von Zielkonflikten zu integrieren (z.B. für die Flächenwidmung für erneuerbare Energien). Auch Allianzen zwischen Stakeholdern bzw. überparteiliche Bündnisse seien wichtig, um nötige Schritte für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft umzusetzen. Außerdem forderte die Gruppe, fossile Subventionen zu beseitigen sowie mit einem Kreislaufwirtschaftsgesetz Rahmenbedingungen rund um die Entsorgung, Kostenwahrheit, Herstellerverantwortung usw. zu schaffen. Und letztlich sprach sich die Gruppe dafür aus, die Bevölkerung und insbesondere Kinder und Jugendliche bei der Planung von Klimaschutzmaßnahmen stärker einzubeziehen.

Resilienz in der Ernährungssicherheit

In dieser Diskussionsrunde stand eine Umsetzungspartnerschaft im Fokus, die beim letztjährigen SDG Dialogforum entstanden war (daher wurde diese Diskussion als „Reflexionspool“ geführt). Die Partnerschaft widmet sich insbesondere Herausforderungen der Ernährungssicherheit im Globalen Süden, die insbesondere durch direkte Auswirkungen der aktuellen globalen Krisen entstehen und damit erhöhte Resilienz dieser Systeme erfordern. Wesentliche kritische Aspekte seien laut den Diskussionsgästen u.a. der Zugang zu Finanzierung für Kleinbäuer:innen, aber auch patriarchale Strukturen, z.B. da Landeigentum und Entscheidungen über Finanzgeschäfte meist in der Hand von Männern liegen.

Lösungsansätze, die sich aus dieser Umsetzungspartnerschaft ergeben haben und mit den Teilnehmenden diskutiert wurden, umfassen u.a. eine Weiterentwicklung des nächsten Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027, um die Resilienz im Bereich der Ernährungssicherheit zu verbessern, darunter eine Stärkung der Rechte von Kleinbäuer:innen, aber auch zusätzliche Mittel für bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Auch die Rahmenbedingungen für konkrete Projekt- bzw. Programmarbeit müssten verbessert werden, um trotz gesellschaftlicher oder politischer Veränderungen in Projektländern langfristig planen zu können, Innovationen zu ermöglichen und Abstimmung zwischen Akteur:innen zu ermöglichen. Letztlich sei Politikkohärenz ein wesentliches Mittel, um Ernährungssicherheit im Globalen Süden zu unterstützen. Daher schlägt die Gruppe vor, im nächsten Dreijahresprogramm ebenfalls eine thematische Schwerpunktsetzung zum Thema „Ernährungssicherheit“ als Teil der konkreten Umsetzung von PCSD (Policy Coherence for Sustainable Development) anzudenken.

→ *Weiterlesen: Alle Details rund um die Innovationspools sind im Anhang dieses Berichts ab S.12 zu finden.*

(Jugend-)Partizipation im Fokus

Wie die anwesenden Minister:innen auf die Forderungen und Ansätze der Innovationspools reagieren würden, sollte sich am 12. Oktober in den Sofiensälen in Wien zeigen. Zuvor erwartete die circa 250 Teilnehmenden jedoch noch ein vielfältiges, ebenso wie junges Programm, moderiert von Monika Fröhler (Geschäftsführerin des Ban Ki-moon Centre for Global Citizens). Den Auftakt machten Nikolaus Marschik, (Generalsekretär im BMEIA), Ghada Waly (Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen in Wien), Thomas Alge (Geschäftsführer von ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung, SDG Watch Austria Steuerungsgruppe) und Ban Ki-moon (u.a. ehem. VN-Generalsekretär) mit Grußworten bzw. einer Videobotschaft. Mit ihren Beiträgen riefen sie die drängenden Herausforderungen und den sehr geringen weltweiten Fortschritt bei den VN-Nachhaltigkeitszielen ins Bewusstsein (nur 15 % der Ziele sind auf gutem Weg). Sie hoben aber auch hervor, wie wichtig Dialogveranstaltungen sowie die

Einbindung der Bevölkerung – insbesondere junger Menschen – seien, um gemeinsam Lösungen für Krisen und Herausforderungen zu finden.

Auch aus diesem Grund sollte das SDG Dialogforum 3.0 ausreichend Raum für die Anliegen und Rechte von Kindern und Jugendlichen bieten. Im Rahmen der Initiative „Rebels of Change“ konnte neben dem



Ein interaktives Highlight: Der Bericht vom Rebels of Change Jugendforum

SDG Dialogforum dieses Jahr von 30.9.-1.10. auch ein eigenes, von Südwind organisiertes Jugendforum stattfinden – mit mehreren Schnittstellen zum SDG Dialogforum. Wohl eines der Highlights des Eventtags war die interaktive und kreative Präsentation der Ergebnisse und Forderungen aus dem Rebels of Change Jugendforum, die Jana Berchtold (Österreichische VN-Jugenddelegierte) Paulina Exner, Samuel Schmitz, Emilia Thomas und Nicola Kaltenböck gestalteten. Verpackt in ein Gedicht und mit eindringlichen Worten erreichten die 10 Forderungen des Jugendmanifests das Publikum und sorgten für reichlich Applaus: Die Jugendlichen warnten darin vor dem Nichtstun im Klimaschutz, zunehmender Ungleichheiten und Armut, machten aber auch auf Missstände beim Thema Pflege, mentale Gesundheit u.v.m. aufmerksam. Konkret forderten sie u.a. eine gerechtere Vermögensverteilung, Klimaschutz, Frauenrechte, ein Verbot von Massentierhaltung. Das Fazit der Teilnehmenden am Jugendforum: „Bis heute wird zu wenig und zu spät umgesetzt. Es ist 2023 und die Zukunft ist jetzt“

➔ Zu den [10 Forderungen in Versform](#) und zum [politischen Manifest des Rebels of Change Jugendforums](#).



Beim Rebels of Change Jugendforum entstanden auch kreative Statuen

Umsetzung auf lokaler und regionaler Ebene: Preisgekrönte SDG-Projekte

Dass für nachhaltige Entwicklung auch die Länderebene eine wesentliche Rolle spielt, verdeutlichten nicht nur die Videobotschaften der beiden Landeshauptleute Anton Mattle und Peter Kaiser, sondern allen voran die Leuchtturmprojekte aus dem Burgenland sowie aus Kärnten und Vorarlberg, die am 12. Oktober mit einem Preis für ihren Beitrag zur SDG-Umsetzung gekürt wurden. Christian Dobler (Nachhaltigkeitskoordinator und SDG-Focal Point Tirol) verlieh die Preise der Länder an folgend drei Projekte: Die Workshopreihe „[Gemeindeentwicklung mit der Agenda 2030](#)“ ermöglichte es drei burgenländischen Gemeinden, Inspiration und neue Impulse für nachhaltige Entwicklung zu erhalten, sie wurde durch Nadine Schneiderbauer (Pulswerk GmbH) und Ronald Langthaler (Vizebürgermeister der Gemeinde Winden am See) präsentiert. Ein weiteres Leuchtturmprojekt war das neue [Kärntner Regierungsprogramm](#), das seinen Fokus auf die Agenda 2030 legt und zeigt, wie die Umsetzung proaktiv in der Landesverwaltung angesetzt werden kann. Es wurde präsentiert von Markus Bliem (Leiter der Strategischen Landesentwicklung). Edith Bonetti und Andrea Gollob präsentierten das dritte, aus Vorarlberg stammende Projekt: Die u.a. durch Kinder, Jugendliche und NGOs gestaltete „[Junge Halle](#)“ der Frühjahrsmesse in Dornbirn konnte nicht nur das Engagement für die SDGs sichtbarer machen, sondern auch Menschen zum Mitmachen animieren.



Vorstellung der Leuchtturmprojekte aus den Bundesländern

Kunst und Gesundheit: eine unterschätzte Verbindung

„Mitmachen“ hieß es kurz darauf auch in den Sofiensälen bei einem Programmpunkt, der durch das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport ermöglicht wurde. Denn Bea Robein und Jennifer Davison (beide Sängerinnen & Vorstandsmitglieder von ARTS for HEALTH AUSTRIA) demonstrierten live, wie Gesang sich positiv auf unsere Körper auswirken kann: Einmal aufgewärmt und aktiviert, stimmten die Menschen im Saal mit ein, um gemeinsam zu singen und die „Sängerapotheke“ freizusetzen. Denn Singen könne neben „Glückshormonen“ wie Oxytocin, Dopamin und Endorphinen zahlreiche weitere gesundheitsfördernde und sogar stimmungsaufhellende Stoffe im Körper freisetzen, erklärten die beiden Opernsängerinnen von Arts4Health. Kunst könne außerdem wie keine andere Aktivität Gehirnareale miteinander verknüpfen und könnte z.B. für die Prävention und Behandlung von Krankheiten positiv genutzt werden.

Podiumsdiskussion zeigt Erfolge und Handlungsbedarf

Für den Höhepunkt des Tages fanden sich anschließend folgende Gäste auf dem Podium ein, um unter Moderation von Gundula Geiginger (Puls4) über Herausforderungen und Handlungsoptionen für die Agenda 2030 zu diskutieren:

- Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU und Verfassung
- Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
- Martin Kocher, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
- Edeltraud Glettler, Leiterin der Sektion V für europäische, internationale und sozialpolitische Grundsatzfragen im Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (*i.V. von Bundesminister Johannes Rauch*)
- Elizabeth Nsimadala, Präsidentin der Eastern Africa Farmers Federation (EAFF), Direktorin der Women Affairs Pan Africa Farmers Organisation (PAFO)

Während der Beginn der Diskussion noch von den jüngsten Ereignissen in Israel geprägt war, in deren Kontext Bundesministerin Edtstadler die Bedeutung der Agenda 2030 für internationalen Frieden verdeutlichte, widmete man sich anschließend Themen wie sozialer Gerechtigkeit in Österreich, auch in Zusammenhang mit den aus ökologischer Sicht nötigen Veränderungen. So betonte Bundesministerin Gewessler beispielsweise, der Zugang zu sauberem Heizen dürfe keine Frage des Einkommens sein, weshalb hier bereits verschiedene Maßnahmen gesetzt würden. Laut Sektionsleiterin Glettler ist es im Bereich der Armutsbekämpfung außerdem durch den „[Wohnschirm](#)“ gelungen, bereits 40.000 Menschen bei steigenden Miet- und Energiekosten zu unterstützen. Bundesminister Kocher wiederum erklärte, wie eine neue Umweltstiftung es ermögliche, arbeitslose Menschen in Jobs der Zukunft auszubilden. Eine wichtige geplante Änderung sei auch, dass Menschen mit Behinderung erst mit 25 bzgl. ihrer Arbeitsfähigkeit beurteilt werden, was ihnen bessere Chancen ermögliche, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.



„Man muss genauer hinsehen, wo Armut entsteht“,
so Bundesminister Kocher

Doch neben bisherigen Erfolgen und Maßnahmen galt es auch, Herausforderungen anzusprechen, die noch zu bewältigen sind: darunter u.a. der Bereich der Pflege, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ebenso wie Bildung als wichtige Voraussetzung zur Armutsbekämpfung. Bundesminister Kocher bekräftigte, dass man genauer hinsehen müsse, wo Armut entstehe. Rund 1,3 Millionen Menschen sind laut Sozialministerium in Österreich armutsgefährdet, und auch wenn die Sozialleistungen in Österreich im internationalen Vergleich gut seien, sei jede armutsgefährdete Person eine zu viel, erklärte Sektionsleiterin Glettler. Zudem werde Armut oft über

Generationen vererbt, weshalb ein früher Zugang zu Bildung essenziell sei: „Alles, was wir in Kinder investieren, hat eine hohe Rendite“.

Das komplexe Problemfeld des Arbeitskräftemangels und intensiven Kompetenzausbaus für nachhaltige Entwicklung war ein Schwerpunkt des Innovationspools „Skills für 2030“ gewesen. Aufgrund des Umstiegs in ein nicht-fossiles System müsse sich auch die Ausbildung ändern, die Anpassung gelinge aber nicht immer schnell genug, erklärte Bundesministerin Gewessler: Ein Dachdecker müsse beispielsweise heute auch eine Photovoltaik-Anlage installieren können, weshalb sich die Ausbildung verändern müsse.



„Alles, was wir in Kinder investieren, hat eine hohe Rendite“, erklärt Sektionsleiterin Edeltraud Glettler

Dass der Arbeitsmarkt sich verändern wird bzw. muss, sah auch Bundesminister Kocher. Es gelte, weiter am Fachkräftemangel zu arbeiten, die Lehre weiterzuentwickeln u.v.m. Erwähnt wurde auch der neue „[Just-Transition-Aktionsplan](#)“ (also einen Plan für nachhaltige Aus- und Weiterbildung), der dabei helfen soll, herauszufinden, wo es neue Kompetenzen für die Zukunft braucht, welchen Fokus Ausbildungen künftig haben müssen usw. Gerade in den Bereichen der Mobilitäts-, Energie- und Wärmewende seien beispielsweise viele Arbeitskräfte gefragt, erklärte Bundesministerin Gewessler. Dass Herausforderungen in und von Österreich sich auf andere Länder auswirken können (sog. Spillover-Effekt), verdeutlichte Sektionsleiterin Glettler: Wenn wir aufgrund des Arbeitskräftemangels z.B. Pflegepersonal aus anderen Ländern einsetzen, verlagere sich das Problem auf diese Länder.



Für Mobilitätswende und Energiewende brauche es viele Arbeitskräfte, erklärt Bundesministerin Gewessler

Einen Blick über unseren Kontinent hinaus ermöglichte Frau Nsimadala, die aus Uganda angereist war, um am Dialogforum und dem Reflexionspool teilzunehmen: Sie schilderte, wie sich unzureichende Klimaschutzmaßnahmen und die bisher gescheiterte Anpassung an den Klimawandel bereits jetzt auf Menschen aus ihrer Region auswirke: Beispielsweise durch unvergleichbare Dürreperioden und damit viele Tiere sowie Menschen, die diese nicht überlebt haben. Aber auch neue Krankheiten und Extremwetterereignisse wie Zyklone würden die Bevölkerung als Folgen des Klimawandels bedrohen. „Boden und Natur sind eine Lebensversicherung“, erklärte sie und verdeutlichte damit, dass es bei Klimawandelfolgen um ganze Existenzen geht. Daher brauche es insbesondere Unterstützung durch Länder des Globalen Nordens im Rahmen einer Finanzierung zur Klimawandel-Anpassung. Denn während der Globale Norden mehr Treibhausgase verursache, trage der Globale Süden die meiste Last der Klimakrise. Landwirte und Landwirtinnen würden sich zwar zunehmend organisieren und ihre Stimme erheben, doch Entscheidungstragende würden sie dennoch zurücklassen. Sie betonte, wie wichtig es sei, Menschen und Betroffene einzubinden, insbesondere auch junge Menschen.

Über die nötige Unterstützung des globalen Südens zeigte sich das Podium einig: Es sei wichtig, dass finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, u.a. durch den Climate Adaptation Fund, und dass dieses Geld auch tatsächlich bei den Menschen ankomme. In Österreich sei das Budget für diese Form der Hilfestellung bereits erhöht worden. Länder des Globalen Südens stärker einzubeziehen und ihre Anliegen und Herausforderungen ernst zu nehmen, stieß ebenfalls auf Zuspruch der Podiumsgäste.



„Boden und Natur sind eine Lebensversicherung“, betont Elizabeth Nsimadala

Bundesministerin Edtstadler bekräftigte, dass Österreich alles tun werde, damit im internationalen Kontext Länder stärker aufeinander zugehen und besonders stark betroffene Länder nicht zurückgelassen werden. Auch im Bereich der Digitalisierung identifizierte sie viele Bereiche, in denen noch viel Potenzial und Handlungsbedarf besteht, vom flächendeckenden Zugang zum Internet bis hin zu KI-Anwendungen, um nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Eine österreichische Initiative ist der [Kofi Annan Award for Innovation in Africa](#), bei dem afrikanische Social Entrepreneurs bei der Skalierung ihrer digitalen Lösungen zur Erreichung der SDGs unterstützt werden. Sie stimmte auch Frau Nsimadala zu, die eine besonders wichtige Rolle auch den Frauen zusprach, u.a. da sie oft wichtig seien, um Gemeinschaften zu mobilisieren und Menschen zum Mitmachen zu bewegen: „Wir brauchen Geschlechtergerechtigkeit, um nachhaltige Landwirtschaft zu ermöglichen“, so Nsimadala.

Im Bereich der konkreten Gesetzesvorschläge aus den Innovationspools und dem Jugendforum erklärte Bundesministerin Gewessler beispielsweise, weshalb ein bundesweites Raumordnungsgesetz gegenwärtig keine parlamentarische Mehrheit habe, hier aber dennoch alle Körperschaften, Unternehmensvorstände u.v.m. gefragt seien, die ihnen zu Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen. Bundesministerin Gewessler überließ anschließend, da sie einen Folgetermin wahrnehmen musste, ihren Podiumsplatz spontan Jana Berchtold (VN-Jugenddelegierte), die zuvor um ein Zwischenstatement gebeten worden war.



„Es ist kein Zufall, wer gehört wird und wem zugehört wird“, so Jana Berchtold

Berchtold forderte u.a. dazu auf, sich nicht auf bereits Geleistetem auszuruhen. Denn die österreichische Verantwortung liege auch im globalen Erreichen der Ziele. Dabei unterstrich sie auch erneut die Bedeutung der Beteiligung junger Menschen: „Es ist kein Zufall, wer gehört wird und wem zugehört wird. Es gibt auch die Wahl, dies zu ändern“, so Berchtold. Frau Berchtold erklärte, dass man bereits sehe, dass etwas passiert und dass vermehrt Jugendliche eine Bühne bekommen. Allerdings würden eingebrachte Forderungen zu häufig in Schubladen verschwinden und damit seien viele ehrenamtliche Stunden junger Menschen umsonst. Es sei wichtig, sie auch direkt zu konsultieren und in Gespräche und Verhandlungen einzubinden.

Bundesministerin Edtstadler unterstützte diese Forderung und betonte, die Regierung sei offen für Jugendbeteiligung und binde bereits in vielen Bereichen junge Menschen ein. Auch das Dialogforum sei bewusst so ausgelegt worden, dass die Bevölkerung eingebunden wird. Man wolle das weiterführen und den Schwung mitnehmen, auch für den geplanten zweiten Freiwilligen Nationalen Umsetzungsbericht an die Vereinten Nationen, für den bereits zahlreiche Erfolgsgeschichten in einer öffentlichen Konsultation gesammelt wurden.



Wie wichtig Jugendbeteiligung ist, betonte auch Bundesministerin Edtstadler

Die Frage, wie man nun vom Reden ins Tun kommen kann, um Planungssicherheit für die Wirtschaft und eine gute Zukunft für junge Menschen zu erreichen, beantwortete Bundesminister Kocher: Es werde noch viel brauchen und es seien rasche Entscheidungen nötig, um beispielsweise die Klimaneutralität und andere Ziele zu erreichen. Es sei aber auch nötig, die Entscheidungen richtig zu treffen. Es brauche für diese Diskussion alle – u.a. Expert:innen, Zivilgesellschaft, Politik u.v.m. – und man müsse die Menschen

in Österreich mitnehmen, erklären, verstehen, um politische Möglichkeiten zu identifizieren und umzusetzen. Er sprach dabei auch die Herausforderung an, Maßnahmen so anzusetzen, dass auch künftige Regierungen sie fortsetzen. Außerdem sei es wichtig, dass Menschen sich im eigenen Umfeld einbringen und dabei helfen, gesellschaftlichen Konsens zu ermöglichen.

Klare Sprache, Partizipation und mehr Tempo für die SDGs

Cornelius Obonya, der u.a. als Burgschauspieler bekannt ist, hatte schließlich die Aufgabe, die Eindrücke des Tages in einem Schlussstatement zusammenzufassen. Er legte seinen Fokus dabei darauf, das Tempo für nachhaltige Entwicklung zu erhöhen und nötige Gesetzesänderungen und Hürden rasch anzugehen. Er griff auch die Forderungen des Jugendforums auf und plädierte dafür, junge Menschen an möglichst hoher Stelle in Entscheidungen einzubinden. Aber auch die Sprache, die verwendet wird, um über Veränderungen zu sprechen, sah er als entscheidend: Die politische Führungsebene solle Herausforderungen klar ansprechen. Die Komplexität nötiger Veränderungen solle außerdem, ebenso wie Erfolge, ehrlich kommuniziert werden anstatt vereinfacht darüber zu sprechen. „Was passiert und was passieren muss, muss auch von der Spitze der Politik so gesagt werden“, betonte er. Denn in seinen Augen würden Widersprüche in der Kommunikation auch dazu führen, dass Menschen nicht an der Veränderung mitwirken möchten.



Klare Sprache forderte Cornelius Obonya von der Politik

Fazit der Veranstalter:innen

Das Organisationskomitee des SDG Dialogforums freut sich über die erfolgreiche dritte Auflage des SDG Dialogforums das erneut Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft versammelte. Das diesjährige Event konnte mit noch vielfältigeren Diskussionsformaten und einer besseren Einbindung der Jugend über die Bühne gehen und ermöglichte eine erweiterte Perspektive auf den Globalen Süden, ebenso wie die regionale Ebene in Österreich. Auch dieses Jahr war es außerdem wieder möglich, über Graphic Recording (Petra Plicka) und Gebärdendolmetschung (Marietta und Anna Gravogl) für erhöhte Barrierefreiheit zu sorgen. Auch die Einbindung unserer internationalen Gäste war durch die Dolmetschung ins Englische (Hoiss – Fachübersetzungen für alle Sprachen) möglich. Über 1300 haben das Video der Veranstaltung am 12. 10. online gesehen, rund 250 waren außerdem vor Ort dabei. Wir danken für das rege Interesse!

Die nächsten Schritte stehen fest: Die Ergebnisse der Innovationspools, des Reflexionspools und des Rebels of Change Jugendforums werden nicht nur in den 2. Umsetzungsbericht Österreichs an die Vereinten Nationen eingebunden. Sie setzen auch wichtige Impulse für die weitere Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich.


Weiterführende Links:

- [Zur Aufzeichnung vom 12.10.](#)
- [Programm der Veranstaltung](#)
- [Bilder der Veranstaltung](#)
- Dokumentation der Innovationspools: siehe Anhang ab S. 12


Dank an Ko-Organisatoren, Fördergeber und unterstützende Stellen

Diese Veranstaltung wurde u.a. im Rahmen der österreichweiten SDG-Initiative *Rebels of Change* über Mittel der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert ([Details zum Projekt](#)) und durch inhaltliche Beiträge und die Unterstützung zahlreicher Institutionen und Organisationen ermöglicht:

 Bundeskanzleramt

 Bundesministerium
Arbeit und Wirtschaft

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

Gefördert durch die

 Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit



Bericht: ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung

Fotocredit: BKMC/Eugénie Sophie

Anhang: Ergebnisse aus den Innovations- und Reflexionspools

Innovationspool 1: Skills für 2030 – Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung

3.10.2023, 14.00 – 16.00 Uhr (hybrid)

Organisiert von BMAW & EU-Umweltbüro,

Moderation: Bernhard Zlanabitnig (EU-Umweltbüro) & Birgit Schwabl-Drobric (BMAW),

Rapporteur: Marco Schimpl (BMAW)

Impulsvorträge:

- Thomas Lampoltshammer, Universität für Weiterbildung Krems
- Michael Morass, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales
- Rafael Haigermoser, Bundesjugendvertretung
- SC Georg Konezky, Sektion VI, BMAW, Nat. Koordinator Europäisches Jahr der Kompetenzen

Herausforderungen

- Systematische Verankerung von Nachhaltigkeit in der Aus- und Weiterbildung
- Arbeits- und Fachkräftemangel
- Bedarf des Individuums als Ausgangspunkt

Lösungsansatz 1:

- Bedeutend ist der Start einer Kompetenzoffensive Nachhaltigkeit.
- Zusätzlich die Verbesserung der Grundausbildung als Basisvoraussetzung/ für den Abbau von Kompetenzarmut unter Berücksichtigung von transversalen, grünen, digitalen, und nachhaltigen Skills. Hierbei sollte systematisch unter Berücksichtigung von Multi-Perspektiven vorgegangen werden.
- Ebenfalls die Anhebung der Basiskompetenz im digitalen Bereich unter dem Motto „Leaving no one behind“.

Lösungsansatz 2:

- Der Beitrag von Unternehmen zur Erreichung der SDGs für die Gesellschaft ist notwendig.
- Aktivierung von Arbeitskräfte-Reservoirs (Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, ältere und junge Menschen, Menschen mit Behinderungen etc.), indem diese vermehrt angesprochen und bei der Arbeitsdebatte berücksichtigt werden.
- Die Nachfrageseite ist ebenfalls ein wichtiger Hebel. Dabei ist auf die soziale Unterstützung z.B. bei Einkommensausfällen durch Weiterbildung zu achten.
- Ebenfalls soll die Duale Berufsausbildung, die einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels leistet, durch steigende Ausbildungsqualität und den Ausbau von beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten gestärkt werden. Personen benötigen zudem persönliche, fachübergreifende und interpersonelle Skills. Lebenslanges Lernen ist in diesem Zusammenhang entscheidend.

Lösungsansatz 3:

- Aus- und Weiterbildungsprogramme müssen noch stärker individualisiert und auf die Biografie (Stichwort: Lebenslagen) des Individuums zugeschnitten werden. Aus- und Weiterbildung sind Grundvoraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit. Man muss Lernen lernen.
- Anerkennung von non-formalen und informellen Lernergebnissen, zum Beispiel die Weiterentwicklung des Konzepts von Micro-Credentials.
- Eine bessere Übereinstimmung zwischen Kompetenzen und dazugehörigen Nachweisen/Zertifikaten soll angestrebt werden. Dazu zählen auch ausländische Nachweise/Zertifikate.

Information zur Umsetzungspartnerschaft aus dem Jahr 2022

Eines der Ergebnisse des Innovationpools und des SDG Dialogforums 2022 war, die Erstellung einer Landkarte, ein sog. Mapping, bestehender Initiativen zu Skills für die Erreichung der SDGs in Österreich inklusive einer Lückenanalyse. Dem entsprechend beauftragte das BMAW die Universität für Weiterbildung Krems mit der Studie „Skills für 2030 zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs)“. In der Studie werden 30 österreichische Skills-Initiativen auf ihre Relevanz für die SDGs analysiert. Die Studie unterstreicht die Bedeutung von Skills für die Erreichung der SDGs. Handlungsoptionen zur Forcierung von Skills für die SDGs werden aufgezeigt, wie zum Beispiel:

- Start einer Kompetenzoffensive Nachhaltigkeit
- Verbesserung der Qualität der Grundausbildung und Reduktion der Kompetenzarmut
- Stärkung kollektiver Kompetenzen von Organisationen in der Nachhaltigkeit oder
- Stärkung der ökologischen Komponente im Diskurs um die SDGs.

Die Studie zeigt auch die Komplexität der beiden Themen Future-Skills und SDGs und betont die Notwendigkeit, die beiden Themen miteinander zu verknüpfen. Dies sollte durch stärkere Kooperation zwischen Bildung, Wirtschaft und weiterer Öffentlichkeit unterstützt werden.

Relevante Partner:innen: Universität für Weiterbildung Krems (Dr. Thomas Pfeffer), Öffentlichkeit/partizipativer Ansatz

Bereits erfolgte Umsetzungsschritte: Die Umsetzungspartnerschaft beauftragte das BMAW mit dem Mapping der Skills für 2030. Nach einem Vergabeverfahren wurde damit die Universität für Weiterbildung Krems beauftragt. Die vorläufigen Studienergebnisse wurden öffentlich präsentiert, das erhaltene Feedback floss in die endgültige Studie ein und wurde so ein partizipativer Prozess sichergestellt. Die endgültigen Studienergebnisse wurden am 19.9.2023 öffentlich präsentiert. Die Studie ist [hier veröffentlicht](#).

Noch geplante zukünftige Schritte: Die Ergebnisse werden in den 2. Österreichischen Freiwilligen Nationalen Umsetzungsbericht an die Vereinten Nationen und in die weitere SDG-Umsetzung einfließen.

Innovationspool 2: Niemanden zurücklassen – sozialer Zusammenhalt und Solidarität in Zeiten multipler Krisen

5. Oktober, 09.30 – 12.00 Uhr (online)

Organisiert von BMSGPK & Bundesjugendvertretung

Moderation: Anette Scoppetta, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Rapporteurin: Eleonora Keibel (Bundesjugendvertretung)

Impulsvorträge:

- SDG 1 – Keine Armut (nationaler Fokus): Karin Heitzmann, Universitätsprofessorin am Institut für Sozialpolitik, Wirtschaftsuniversität Wien
mit Flashlights von:
 - o Hedy Spanner, Plattform Sichtbar Werden, Armutskonferenz
 - o Wolfgang Braumandl, Leitender Sekretär des Seniorenrates

- SDG 10 (Weniger Ungleichheiten) und SDG 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele (internationaler Fokus)): Veronika Wittmann, Universitätsprofessorin am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Johannes Kepler Universität Linz
Mit Flashlights von:
 - o Antonella Oyhenart, Vertreter:in der Jugendbotschafter:innen für UN-Kinderrechte & SDGs
 - o Simon Sunil, SAFBIN, Stärkung von Kleinbäuer*innen in Südasien in Zeiten des Klimawandels, Caritas

Herausforderungen

- Armut hat viele Gesichter - Fehlende multidimensionale Herangehensweise an Armut: Es kann eine Verschiebung von Einkommensarmut hin zur Ausgabenarmut festgestellt werden. Daher sollte Armut nicht ausschließlich mit dem Indikator der relativen Einkommensarmut betrachtet und nur aus diesem Blickwinkel adressiert werden. Armut ist eine multidimensionale Problemlage, die auch multidimensional abgebildet und angegangen werden muss. Auch in Bezug auf die SDGs bräuchte es eine dahingehende Erweiterung von SDG1, um vielfältigen Dimensionen von Armut gerecht zu werden.

- Basisschutz nicht ausreichend: Aktuelle Krisen haben gezeigt, dass auch in reichen Staaten nicht in allen Fällen die Sicherung aller Grundbedürfnisse gewährleistet ist. Menschen in Armut sind dazu oft mit Herausforderungen konfrontiert, um sich Gehör zu verschaffen. Finanzielle Unterstützung hilft zudem oft wenig, wenn es an Maßnahmen bzw. Infrastruktur mangelt (öffentliche Verkehrsmittel, Wohnraum etc.).

- Globale Ungleichheit und Krisen: Die globalen Herausforderungen, insbesondere die Klimakrise, verschärfen bestehende Ungleichheiten und betreffen vulnerable Gruppen besonders stark, insbesondere in den Staaten des Globalen Südens. Es ist wichtig, Maßnahmen zur Bewältigung von globalen Ungleichheiten und Krisen zu entwickeln und sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird und wir global gesehen nicht auf Kosten von anderen leben. Gleichzeitig erfüllen nur 6 von 29 DAC-Staaten (OECD, 2020) das selbstgesteckte Ziel von mind. 0,7% des BIP an ODA (Official Development Assistance).

Lösungsansatz 1

Erweiterung des Indikatorensets: Es braucht ein multidimensionales Indikatorenset für Armut, das die Vielfältigkeit von Armutslagen widerspiegelt und die Erfüllung von Grundbedürfnissen in den Blick nimmt. Diese differenzierte Herangehensweise ist nicht nur in Bezug auf Armutspolitik und die Forschung über Armut, sondern auch den Diskurs über Armut betreffend relevant, damit nicht nur einzelne Aspekte, als Indikatoren herausgegriffen werden.

Bestehende Dokumente wie die Europäische Charta sozialer Rechte und die Europäische Säule sozialer Rechte könnten eine Basis für den multidimensionalen Zugang sein.

Lösungsansatz 2

Präventive und aufsuchende Maßnahmenbündel: Wichtig ist festzuhalten, dass gute Armutspolitik bereits präventiv ansetzt, da die strukturellen Ursachen bekannt sind und entsprechend mit Mindeststandards in verschiedensten politischen Handlungsfeldern (z.B. Gesundheit, Pflege, Bildung, Beschäftigung) adressiert werden sollten. Es braucht dabei ein Bündel an Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen. Erfolgsversprechend wäre dabei auch der Ausbau eines multiprofessionellen Case Managements, wie es etwa die Frühen Hilfen sind, die österreichweit ausgerollt werden.

Weiters ist es notwendig, stärker auf aufsuchende Angebote, z.B. in der Wohnungslosenhilfe, zu setzen, und sicherzustellen, dass armutsbetroffene Personen aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben können.

Lösungsansatz 3

Multi- und bilaterale Kooperation fördern: Multilaterale Zusammenarbeit und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit sollten gefestigt werden, um globale Herausforderungen wie die Klimakrise und Ungleichheit anzugehen. Dies beinhaltet die Stärkung internationaler Organisationen und Abkommen genauso wie jene von bilateralen Projekten, um fairen Handel, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Auch Österreich könnte seine Rolle in internationalen Partnerschaften weiter stärken

Innovationspool 3: Schutz der Biosphäre – Nachhaltige Entwicklung innerhalb planetarer Grenzen

5. Oktober, 14.00 – 17.00 Uhr (online)

Organisiert von BMK & ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung

Moderation: Juliane Nagiller (Ö1)

Rapporteurin: Lena Rauter (Climates)

Graphic Recording: Lana Lauren

[Informationsblatt mit Liste der Diskutant:innen](#)

Impulsvortrag: Jonathan Donges, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: Kippunkte und planetare Grenzen im Erdsystem ([Vortragsfolien](#))

Graphic Recording: Lana Lauren ([Graphic Recording Booklet](#))

Herausforderungen:

- Kostenwahrheit aufgrund von Biodiversitätsverlusten und Klimaschäden: Zum einen werden immer noch fossile Energieträger gefördert, zum anderen werden Biodiversitätsverluste und Auswirkungen auf den Klimaschutz selten preislich eingerechnet, sodass ein kontraproduktiver Lenkungseffekt entsteht. Es bräuchte umgekehrt höhere Kosten für fossile Bereiche (z.B. KFZ) und Subventionen für biodiversitätsfördernde und klimaschützende Bereiche.
- Schaffen von Siedlungsstrukturen für ein nachhaltiges Leben. Der Alltag und Lebensbereich der Menschen muss umweltfreundlicher und effizienter gestaltet werden, z.B. durch die Förderung kurzer Wege zwischen Wohn-, Arbeits- und Freizeitbereichen und entsprechender nachhaltiger Mobilitätsangebote (Umsetzung z.B. im Rahmen des BMK-Mobilitätsmasterplans). Derzeit werden zum Beispiel KFZ-Fahrzeuge immer noch bevorzugt, beispielsweise auch bei einem Hauskauf muss man teilweise einen Parkplatz miterwerben, auch wenn man kein Auto besitzt. Die fehlenden oder zu schmalen Radwege stellen hierbei auch eine Herausforderung dar.
- Internationale Verantwortung: Diese umfasst eine Bandbreite von Herausforderungen, einschließlich der Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes zur Beschaffung seltener Erden für die Energiewende sowie Maßnahmen zur Klimafinanzierung. Zudem spielt die Lösung von Recycling- und Entsorgungsproblemen eine entscheidende Rolle in diesem globalen Bemühen um Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Eine koordinierte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und die Schaffung effektiver Mechanismen zur sozial und ökologisch gerechten Ressourcennutzung sind unerlässlich, um diesen vielfältigen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen und eine nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Lösungsansatz 1

Damit die Energiewende auch umgesetzt werden kann, braucht es starke gesetzliche Rahmenbedingungen, welche auf evidenzbasierten Erkenntnissen aufbauen. Dies erfordert u.a. die Umsetzung eines Erneuerbaren-Wärmegesetzes und die Verschärfung des Energieeffizienzgesetzes, um den Wandel zu einer nachhaltigen Energiezukunft voranzutreiben.

Hier wurden auch Allianzen zwischen Wissenschaft, Gewerkschaft und Klimabewegung angesprochen (beispielsweise die Akademie für sozial und ökologischen Umbau), oder auch überparteiliche Bündnisse.

Lösungsansatz 2

Österreich braucht eine verbesserte ökosoziale Steuerreform und ein umfassendes Kreislaufwirtschaftsgesetz: Die Anpassung der ökosozialen Steuerreform ist entscheidend, um „falsche“ (also vorwiegend fossile) Subventionen zu beseitigen und Aspekte, die bisher nicht ausreichend bepreist wurden, zu berücksichtigen, was einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit darstellt. Ein umfassendes Kreislaufwirtschaftsgesetz und Rahmenbedingungen für die Kreislaufwirtschaft sind von großer Bedeutung, um Herausforderungen rund um Entsorgung, Kostenwahrheit, Herstellerverantwortung u.v.m. zu adressieren.

Lösungsansatz 3

Österreich braucht ein Klimaschutzgesetz, einen Mobilitätsmasterplan und ein bundesweites Raumordnungsgesetz, jeweils mit konkreten Zielvorgaben und Strategien. Dabei sind klare Strategien zur Bewältigung von Zielkonflikten entscheidend z.B. bei der Flächenwidmung für Erneuerbare Energien oder beim Einsatz von erneuerbarem Gas nur für bestimmte Bereiche. Hier sind einerseits Dialog und Kooperationen (auch international) erforderlich, um voneinander zu lernen.

Andererseits braucht es Allianzen zwischen unterschiedlichen Stakeholdern, um die Transformationen gemeinsam umzusetzen und Akzeptanz zu schaffen, anstatt gegeneinander zu arbeiten. (z.B. in Anlehnung an die Akademie für sozialen und ökologischen Umbau, an der Gewerkschaften, Wissenschaft und Klimaaktivist*innen sowie NGOs involviert sind, oder auch in Form eines überparteilichen Bündnisses für nachhaltige Entwicklung).

Lösungsansatz 4

Ein weiterer wichtiger Punkt, welche auch in allen Untergruppen besprochen wurde, war das Recht von Kindern und Jugendlichen, in Klimaschutzmaßnahmen eingebunden zu werden. Ebenso wichtig ist die Miteinbeziehung aller Bevölkerungsgruppen, um einen Dialog auf Augenhöhe führen zu können. Dabei wurde mehrmals die Relevanz des Klimarats, und dessen Weiterführung, und auf den General Comment No. 26 (2023) des VN-Ausschusses für Kinderrechte hingewiesen, bei dem die Rechte von Kindern in Zusammenhang mit der Umwelt und mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Klimawandel behandelt werden.

Reflexionspool:

Resilienz in der Ernährungssicherheit im Globalen Süden

11. Oktober, 15.00 – 17.00 Uhr (physisch)

Organisiert von BMEIA, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz & AG Globale Verantwortung

Moderation:

Rapporteur: Franz Fehr (BOKU, UniNEtZ)

Podiumsdiskussion mit: Elizabeth Nsimadala (Eastern Africa Farmers Federation, EAFF & Pan Africa Farmers Organization, PAFO) & Million Belay (Alliance for Food Sovereignty in Africa, AFSA)

Herausforderungen

- (Ausgangsthese für die Umsetzungspartnerschaft „Resilienz in der Ernährungssicherheit“ beim zweiten SDG Dialogforum 2022): Die multiplen, globalen Krisen (Klima, Ukraine Krieg, Steigende Energiepreise, ...) haben alle direkte Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit im Globalen Süden. Die Stärkung der Resilienz der Ernährungssysteme ist daher eine der entscheidenden Fragen für die Umsetzung der SDGs.
- Zugang zu Finanzierung für Kleinbäuer:innen (Überschuldung der Staaten, kein Zugang zu Krediten mangels Sicherheiten)
- Patriarchale Strukturen: Landeigentum und Entscheidungen über Finanzgeschäfte

Lösungsansatz 1: Weiterentwicklung des inhaltlichen Ansatzes für das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2025-2027

Nachjustierung des bestehenden Schwerpunktes im Bereich der Ernährungssicherheit:

- o Freier und gleichberechtigter Zugang zu Saatgut sowie keine Förderung von genmanipuliertem Saatgut im Rahmen der österr. Entwicklungszusammenarbeit (OEZA).
- o Besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Jugendlichen.
- o Stärkung der Rechte von Kleinbäuer:innen.
- o Förderung eines agrarökologischen Ansatzes unter Berücksichtigung der 13 Prinzipien der Agrarökologie, sowie der lokalen Gegebenheiten und Herausforderungen.
- o Verstärkte Nutzung von digitalen Vorhersagemechanismen.

In Folge multipler, globaler Krisen und prognostizierter Folgen der Klimakrise ist der Bedarf an Finanzierungen für Ernährungssicherheit deutlich gestiegen. Zusätzliche Mittel für bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit sowie für Humanitäre Hilfe sind entscheidend, um die Folgen der Krisen abzufedern und langfristig resiliente, lokale Ernährungssysteme aufzubauen.

Lösungsansatz 2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für die konkrete Projekt- bzw. Programmarbeit

Akute multiple Krisen sowie größere gesellschaftliche oder politische Veränderungen in den Partnerländern reduzieren die längerfristige Planbarkeit von Projekten während gleichzeitig längerfristig angelegte Interventionen erforderlich sind, um effektiver arbeiten zu können. Um auf diese veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren werden eine Reihe von prozeduralen Änderungen angeregt, die auf Langfristige Planungshorizonte, Flexibilität sowie Innovationen und stärkere Abstimmung der Akteure im Sinne der Politikkohärenz abzielen (bspw. Kopplung von bi- und multilateralen Projekten).

Lösungsansatz 3: Ernährungssicherheit als Thema der Politikkohärenz (PCSD)

Neben der Abstimmung entwicklungspolitischer Akteure in Österreich kann und soll auch Politikkohärenz (PCSD) einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherheit im Globalen Süden leisten. Es wird vorgeschlagen, im Rahmen der Diskussionen zum neuen Dreijahresprogramm eine thematische Schwerpunktsetzung zum Thema „Ernährungssicherheit“ als Teil der konkreten Umsetzung von PCSD in den Jahren 2025 bis 2027 anzudenken.

Informationen zur Umsetzungspartnerschaft aus dem Jahr 2022

Beim SDG Dialogforum am 6/7. Oktober 2022 wurde eine Umsetzungspartnerschaft von Verwaltung mit Zivilgesellschaft & Wissenschaft zum Thema „Resilienz in der Ernährungssicherheit“ beschlossen. Im Rahmen dieser Umsetzungspartnerschaft sollen Empfehlungen an die OEZA zum Umgang mit dem Thema Ernährungssicherheit formuliert werden. Diese sollen als Input für zukünftige Strategien dienen (v.a. Afrikastrategie der OEZA & Dreijahresprogramm der österr. Entwicklungspolitik 2025-2027).

Relevante Partner:innen: Das Kernteam der Umsetzungspartnerschaft bestand aus: BMEIA / Sektion Entwicklungszusammenarbeit, AG Globale Verantwortung, *Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz, Universität für Bodenkultur Wien / UniNETZ)*

Bereits erfolgte Umsetzungsschritte:

- Workshop mit einem breiten Kreis aus Stakeholdern (Ministerien, NGOs, Universitäten, ADA ...) in der Austrian Development Agency am 24. April 2023
- Basierend auf den Ergebnissen dieses Workshops wurde in mehreren Abstimmungsrunden ein Papier „Handreichung „Resilienz in der Ernährungssicherheit“ erarbeitet und am 5. September 2023 an alle TeilnehmerInnen versendet.
- In einem Reflektionspool am 11. Oktober 2023 wurden die Herausforderungen im Bereich der Ernährungssicherheit sowie die Empfehlungen der Handreichung mit zwei VertreterInnen aus dem Globalen Süden diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussion können noch in die Handlungsempfehlungen einfließen.

Noch geplante Schritte: Einbringen und allfälliges Konkretisieren der Empfehlungen aus der Handreichung in die bereits angelaufenen Prozesse zur Erstellung des neuen Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik sowie die Afrikastrategie der OEZA.